

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe April 2024

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausclick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikelvorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag"). Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Angelika Gutsche: Das achte Weltwunder**
- **Elisa Grätias: Die unbeachtete Klimalösung**
- **Weltweite Bauernproteste und Reaktionen**
- **Zur Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft**
- **Mehr Demokratie e.V.: Update Verfassungsbeschwerde: Es gibt einen Verhandlungstermin!**
- **Sean Gervasi: Warum ist die NATO in Jugoslawien?**
- **René Roca: Schweizer Neutralität – ein Friedensprojekt erster Güte**
- **Konstantin Bondarenko: Stimmen aus der Ukraine: Noch glaubt Selenskyj an Revanche**
- **Thomas Röper: "Die Prioritäten der EU sind nicht die Probleme der Menschen in Europa"**
- **TransitionNews: Ex-Bundeswehrgeneräle: "Taurus"-Lieferung an Kiew eskaliert den Krieg**
- **Karin Leukefeld: Nur eine Verhandlungslösung wird im ganzen Nahen Osten Entspannung und Frieden bringen**
- **Evelyn Hecht-Galinski: Die unerträgliche Leichtigkeit eines zionistischen Völkermords in Gaza**
- **Gegen den Gewaltexzess in Gaza**
- **dpa: Deborah Feldman wirft Bundesregierung Verrat an Juden vor**
- **Die Rolle der westlichen Presse zum Fall Julian Assange**
- **Moritz Müller: Julian Assange darf vielleicht Berufung einlegen**
- **Musik für den Frieden, Jugendprojekt mit Russland**

**Die Menschheit bedarf derer, die ihr aus Liebe Schach bieten,
und sich gegen sie auflehnen, wenn es Not tut.**

Editorial

*Wir beginnen diesmal mit Berichten zu den **Lebensgrundlagen von uns Menschen**. In Libyen wurde unter Gaddafi ein riesiges Wasserbauwerk projektiert, mit dem die Städte versorgt werden sollten. Dieses **achte Weltwunder** wurde im Krieg 2011 beschädigt und ist seitdem weiterhin bedroht und gefährdet. In Indien wird mit dezentralen **Regenauffangstationen** nicht nur Land (wieder) urbar gemacht, sondern auch ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet. **Landwirte in Europa, USA und Mexiko** agieren aktiv gegen eine zentralisierende Industrialisierung der Landwirtschaft.*

*Der nächste Schwerpunkt beschäftigt sich mit unserer Demokratie. Zwei Beiträge kritisieren die mangelnde Unabhängigkeit der deutschen **Staatsanwaltschaften**, die auch der EU-Gerichtshof kritisiert. Noch im April soll entschieden werden, ob die Klage des Vereins Mehr Demokratie **gegen die 5%-Klausel** bei Bundestagswahlen in Karlsruhe angenommen wird. Dazu gehört auch ein Blick auf unser **Grundgesetz** und seine Veränderungsgeschichte.*

*Schließlich müssen wir uns wieder mit der **kriegerischen Weltlage** beschäftigen. Interessant ist hierfür ein Blick in die Zukunft, den Sean Gervasi bereits vor 28 Jahren getan hat. Seine prophetische Weitsicht verdeutlicht unter anderem, wie wichtig gerade heute **politische Neutralität** anstatt offensiver Machterweiterung wäre. René Roca zeigt dies an der Neutralitätsgeschichte der Schweiz auf. Mit Konstantin Bondarenko äußert sich eine kritische Stimme aus der **Ukraine** zur Lage und Entwicklung des Landes. Aufgrund von Erklärungen aus der EU ordnet Thomas Röper die westliche Unterstützung geopolitisch ein. General a.D. Erich Vad bestätigt die Richtigkeit der Kanzler-Entscheidung gegen Taurus-Lieferungen. Unvorstellbare Informationen zu Krieg und Zerstörung in **Gaza** gibt uns Karin Leukefeld. Es gibt zum Krieg viele kritische Stimmen gegen Israels Vorgehen gegen die Palästinenser und Aufrufe zur Waffenruhe, zum Beispiel von Evelyn Hecht-Galinski, von dem Forum Friedensethik der Ev. Landeskirche Baden, vom Senat in Irland und von einem erfolgreichen britischen Unterhausabgeordneten sowie von der jüdischen Schriftstellerin Deborah Feldmann.*

*Zwei weitere Beiträge befassen sich mit dem Schicksal von **Julian Assange**, aber auch mit der Unterstützung, die er weltweit erfährt und die Erfolg haben könnte, wie Moritz Müller aufzeigt. Abschließend zeigen wir den Beitrag **“Musik für den Frieden“**; hier pflegen deutsche und russische Jugendliche seit 2018 gemeinsame Projekte und haben im Herbst 2023 in Izmir ein Video **“Romeo und Julia – Frieden ist möglich“** produziert.*

- Angelika Gutsche: **Das achte Weltwunder**

“Wasser statt Waffen“ — unter dieses Motto stellte Muammar al-Gaddafi das größte Wasserbau-Ingenieurwerk der Welt, das der libyschen Bevölkerung die [Versorgungssicherheit mit dem wichtigsten aller Lebensmittel garantieren sollte](#). Mit dem Projekt wurde ein 1953 entdecktes, riesiges Süßwasserreservoir unter der Sahara genutzt, um die Städte an der Mittelmeerküste über Rohrleitungen von vier Metern Durchmesser und einer Gesamtlänge von 4'000 Kilometern mit Trinkwasser zu versorgen. Beschädigt durch NATO-Bomben im Jahr 2011 wird diese Trinkwasserversorgung bis heute von Milizen bedroht. Durch den immer wiederkehrenden Ausbruch von Gewalt ist auch seine Instandhaltung gefährdet. Hinzu kommt, dass durch die Privatisierung wichtiger Infrastrukturprojekte zu befürchten ist, dass das fossile Süßwasser der Sahara die Begehrlichkeiten der Privatinvestoren geweckt hat.

[Angelika Gutsche](#) verfasste zahlreiche Reportagen und Reiseberichte/-führer. Seit 2011 als Bloggerin bei [www.freitag.de](#) und seit 2020 mit dem eigenen Blog [www.gela.news.de](#) zu verschiedenen Themen unterwegs. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Elisa Gratias: **Die unbeachtete Klimälösung**

Pflanzen nehmen Regen nicht nur auf, sie geben ihn auch wieder ab. Sie schwitzen Wasser aus, wenn sie Hitze ausgesetzt sind. Das kühlt nicht nur sie, sondern gleichzeitig auch uns Menschen und die gesamte Umgebung. Während Industrie und Landwirtschaft ihrem Profitstreben folgen, Regierungen Klimagespräche führen und viele Wissenschaftler nach technologischen Lösungen zur Anpassung an die angeblich unvermeidbare Katastrophe suchen, setzen lokale Initiativen an verschiedenen Orten der Welt seit Längerem Schritte um, die der Erderwärmung entgegenwirken. So entstand aus dem Gespräch zwischen einem Dorfältesten und einem jungen Arzt eine Volksbewegung in Indien. Die daran Teilnehmenden hat der Erfolg, [mit Strukturen aus Holz, Erde und Steinen das Abfließen von Regenwasser so zu verlangsamen](#), dass es in den Boden einsickern kann und so aus dünnen Landschaften wieder blühende Landschaften werden, sehr überzeugt. Und begeistert. So breitet sich die Bewegung über immer mehr Dörfer aus. Dank der inzwischen etwa 13'800 Regenwasserauffangstrukturen führen 13 einst ausgetrocknete Flüsse wieder ganzjährig Wasser. 70% unfruchtbares Land wurde wieder kultivierbar und die Waldfläche stieg um 30%. 1'500 Dörfer haben heute wieder genug Wasser für die Nahrungssicherheit der Menschen. Zusätzlich sorgen lokale Flussparlamente dafür, dass das Wassermanagement in den Händen der Bevölkerung bleibt und nicht von Regierungen und Konzernen vereinnahmt wird. Die Autorin Elisa Gratias schildert dann noch, wie es dazu kam, dass die Region ausdürren konnte.

[Elisa Gratias](#), Jg. 1983, studierte Übersetzen und Journalismus. Sie arbeitet seit 2014 als freiberufliche Autorin, Übersetzerin und Künstlerin. Von 2018 bis 2023 leitete sie als freie Mitarbeiterin die Rubikon-Mutmach-Redaktion. Zum Thema Glück, Erfüllung und Gesellschaft schreibt sie auf ihrem Blog [flohbaier.com](#). Ihre Kunst zeigt sie auf [elisagrattias.com](#). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Weltweite Bauernproteste und Reaktionen**

Vor dem Hintergrund der europaweiten Bauernproteste [will die EU-Kommission gelockerte Umweltauflagen für Landwirte erlauben](#). Dabei geht es unter anderem um die Regeln für Brachflächen, wie Brüssel mitteilte. Bisher sind Bauern verpflichtet, einen Teil ihrer Ackerfläche zeitweise nicht zu nutzen, um so die Umwelt zu schützen. Künftig soll es mehr Flexibilität bei dieser Verpflichtung geben. Grundsätzlich müssen sich Landwirte an solche Vorgaben halten, um

von EU-Agrarsubventionen zu profitieren. Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir will diese Pläne angepasst wissen, denn Entlastungen und Bürokratieabbau dürften nicht dazu führen, dass der Umweltschutz leide. – Von den [Protesten in Spanien und anderen EU-Ländern](#) berichtet TKP.

Unabhängige Landwirte in Mexiko haben 2023 die Bewegung “Nationale Front zur Rettung des mexikanischen ländlichen Raums“ gegründet. Die Bewegung hielt am 15.03.2024 ein Treffen ab, bei dem die Welternährungskrise und die Dringlichkeit einer Neuverhandlung der betrügerischen Freihandelsabkommen, die Wiederherstellung der Preisparität und eines nationalen Landwirtschaftsplans sowie die Dringlichkeit des Baus großer Wasserprojekte zur Bekämpfung der Dürre auf der Tagesordnung standen. Auf dem Treffen wurde eine Botschaft von US-amerikanischen Landwirtschaftsführern verlesen, der sich [gegen den “monopolistischen Komplex der globalen Banken und transnationalen Konzerne“](#) wendet.

Dieser Komplex erzwingt “eine Handelspolitik unterhalb der Produktionskosten. Sie verhindern eine auf Parität basierende Preispolitik, die den Sektor der landwirtschaftlichen Erzeuger in jedem unserer Länder und in den Ländern der Welt erhalten würde. Sie nehmen der Agrarkultur die Kultur der Familienbetriebe. Derselbe Agro-Finanzkomplex hat in Nordamerika den Bau von Infrastrukturen verhindert, die unserem gemeinsamen Interesse an notwendigen Verbesserungen dienen würden, insbesondere von Wassersystemen – Dämme, Kanäle, Bewässerung, Entsalzung, Hochwasserschutz. Sie blockieren High-Tech-Projekte in den Bereichen Energie, Transport, Gesundheit und Tausende anderer Projekte.“ Die US-Landwirte schlagen ein gemeinsames Vorgehen vor: “Es ist an der Zeit, diese Zerstörung zu stoppen. Der Handel muss wieder unter Kontrolle gebracht werden. Die Infrastruktur muss aufgebaut und die Weichen für ein neues Wirtschaftssystem gestellt werden, das weltweit den produktiven Kräften dient – von den bäuerlichen Erzeugern bis zur verarbeitenden Industrie – und nicht den Globalisten und Spekulanten. Unsere Viehzüchter und Landwirte sind auf der Straße, in Europa und in Indien. Im Jahr 2023 gab es Hunderte von Bauerndemonstrationen in Nord- und Südamerika. Wir kämpfen hier in den USA ... Wir stehen an eurer Seite und freuen uns auf die Zusammenarbeit, um diese Aufgabe zu bewältigen.“ Die Botschaft aus den USA fand auf dem Treffen große Zustimmung. Ein mexikanischer Anführer sagte: “Es ist klar, dass diese Situation von den großen Finanzkonsortien der Welt verursacht wird.“

Die [BüSo](#), Bürgerbewegung Solidarität, will durch die Wiederbelebung der deutschen klassischen Kultur zu einem neuen globalen Dialog der Kulturen beitragen. Sie sieht in dem Projekt ‘Neue Seidenstraße’ die einzigartige Chance, uns aus dem Korsett veralteten geopolitischen Denkens, der Gefahr thermonuklearer Konfrontation und dem Diktat der Finanzmärkte zu befreien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● **Zur Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft**

Weder die Kritik des UN-Menschenrechtsausschusses von 2021, dass “[die Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft von der Exekutive“ in Deutschland weder “gesetzlich noch in der Praxis gewährleistet ist“](#), noch der 2019 ergangene Bescheid des Europäischen Gerichtshofs, dass deutsche Staatsanwaltschaften aus diesem Grund keinen europäischen Haftbefehl ausstellen dürfen, haben bisher dazu geführt, dass in der BRD eine Anpassung “entsprechend den Anforderungen des Europäischen Gerichtshofs“ stattgefunden hat. Auf Nachfrage von Multipolar teilt eine Sprecherin des Justizministeriums mit, die Prüfungen “zum weiteren Vorgehen in dieser Sache“ dauerten “noch an“.

Die Unabhängigkeit bzw. Weisungsgebundenheit der deutschen Staatsanwaltschaft ist schon seit Jahren ein politisch umstrittenes Thema.

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat in einem Urteil vom Mai 2019 die deutsche Regelung kritisiert, gemäß der (§ 146 und 147 Gerichtsverfassungsgesetz) die Staatsanwaltschaften auf

verschiedenen Ebenen den politischen Exekutiven unterstehen. In einer Anhörung des Deutschen Bundestages (Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz) am 06.05.2020 kamen dazu verschiedene Experten zu Wort.

Die Kritik des EuGH wurde zum Teil als überzogen zurückgewiesen, obwohl der EuGH aufgrund der deutschen Regelungen verbietet, dass deutsche Staatsanwaltschaften aufgrund ihrer Weisungsgebundenheit einen Europäischen Haftbefehl ausstellen dürfen. Andere [Experten und der Deutsche Richterbund betonten dagegen die Notwendigkeit einer Rechtsreform](#), um die Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaften sicherzustellen. Ein Gesetzentwurf der FDP sah dies vor, während die Grünen zu weiterer Prüfung der Rechtslage aufforderten. Bis heute ist jedoch keine Änderung herbeigeführt worden.

[Paul Schreyer, Jg. 1977](#), Autor ("*Wir sind die Guten, Ansichten eines Putinverstehers*"; "[Wer regiert das Geld?](#)") und freier Journalist, u.a. für die Online-Portale 'Telepolis', 'NachDenkSeiten' und 'Global Research'; Mitherausgeber des [online-Magazins 'multipolar'](#). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Mehr Demokratie e.V.: **Update Verfassungsbeschwerde: Es gibt einen Verhandlungstermin!**

Am 23./24.04.2024 verhandelt das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe die eingereichten Klagen gegen das aktuelle Bundestagswahlrecht. Dies betrifft zwei Normenkontrollverfahren der Bayerischen Staatsregierung und von 195 Mitgliedern des Deutschen Bundestages aus der CDU/CSU-Fraktion, drei Organstreitverfahren der Parteien CSU und DIE LINKE und der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, eine Verfassungsbeschwerde von Bundestagsabgeordneten der Partei DIE LINKE nebst über 200 weiteren Privatpersonen – und die Verfassungsbeschwerde von Mehr Demokratie e.V. gegen die Sperrklausel, die von 4'242 Bürgerinnen und Bürgern eingereicht wurde.

Begründung für die Klage gegen die 5%-Klausel: "Der Bundestag hat das Wahlrecht für die Bundestagswahlen geändert. Jetzt haben wir es mit einer harten Sperrklausel von fünf Prozent zu tun. Durch diese Hürde werden bei jeder Bundestagswahl Millionen von Stimmen unwirksam. Dies widerspricht dem Wahlgrundsatz, dass alle Stimmen gleiches Gewicht haben sollen. Deshalb muss eine Sperrklausel gut begründet sein. [Die Höhe von fünf Prozent ist nicht in Stein gemeißelt](#). Darauf hat das Bundesverfassungsgericht selbst immer wieder hingewiesen." Noch im April soll entschieden werden, ob die Verfassungsklagen angenommen, d.h. in Karlsruhe verhandelt werden.

Die [1949 in Kraft gesetzte Version des Grundgesetzes](#) findet sich im Bundesgesetzblatt vom 23.05.1949. Die [aktuelle Version des Grundgesetzes](#) findet sich beim Bundestag. Alle Änderungen des GG bis 2009 werden in der Ausarbeitung des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages [WD3-380/09](#) dargestellt.

[Mehr Demokratie e.V.](#), überparteiliche und gemeinnützige Nichtregierungsorganisation, tritt dafür ein, dass Bürger das Recht wahrnehmen können, wichtige Fragen selbst zu entscheiden, wenn sie das wollen – in Gemeinden, in den Bundesländern, auf Bundesebene und in der EU. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Sean Gervasi: **Warum ist die NATO in Jugoslawien?**

Mit einem Artikel des 1996 verstorbenen US-Wissenschaftlers und Analysten Sean Gervasi erinnert antikrieg.com an die Entsendung von 60'000 Soldaten durch die NATO anno 1996. Dies geschah unter dem Vorwand, das Dayton-Abkommen von Ende 1995 zur Beendigung des Kriegs in Bosnien durchzusetzen. Gervasi sieht diese Entsendung als Beginn der NATO-Osterweiterung, die

wiederum der "aufkommenden Strategie zur Sicherung der Rohstoffe im Gebiet rund um das Kaspische Meer und der 'Stabilisierung' der Länder Osteuropas" (Russland GUS-Staaten) geschuldet sei. Dabei sei unter "Stabilisierung" eine Anpassung an dem im Westen herrschenden Wirtschaftssystem zu verstehen.

Gervasi macht darauf aufmerksam, dass die NATO schon 1992 mit 100 Mann in Bosnien präsent war und 1993 begonnen hat, UNPROFOR-Operationen in Jugoslawien zu unterstützen. Aber schon seit 1990 hätten [die USA und Deutschland mit allen Mitteln daran gearbeitet, Jugoslawien zu destabilisieren und dann aufzusplittern, um letztlich offen intervenieren zu können](#). Die britische geheimdienstliche Zeitschrift 'Intelligence Digest' habe 1995 die Absichten offengelegt: "Die ursprünglichen US-amerikanisch-deutschen Absichten hinsichtlich Jugoslawiens gingen aus von einem unabhängigen von Muslimen und Kroaten beherrschten Bosnien-Herzegowina in Verbindung mit einem unabhängigen Kroatien und einem stark geschwächten Serbien." Diese Absichten seien aber vor der westlichen Öffentlichkeit verborgen worden. Die offizielle US-Position sah so aus: "Dieses Mal müssen die USA die Führungsrolle übernehmen bei der Einrichtung einer Sicherheitsarchitektur, die ganz Europa umfasst und somit stabilisiert – den Westen, die ehemaligen sowjetischen Satelliten in Mitteleuropa und, besonders kritisch, Russland und die ehemaligen Republiken der Sowjetunion." Dem Einrichten eines von den USA beherrschten Europa habe der Sozialismus im Weg gestanden, den Jugoslawien am längsten aufrechterhalten konnte. Zudem habe die Lage des Landes sowohl für die USA (Bildung von Großalbanien und einer informellen Allianz von islamischen Ländern im Mittleren Osten und Südeuropa) als auch für Deutschland (Zugang zur Adria und zum Schwarzen Meer) geopolitische Bedeutung. Dabei spiele der Kampf um die Ressourcen (Öl, Gas) eine große Rolle. Gervasi erinnert in diesem Zusammenhang auch daran, dass der US-Konzern Chevron 1992 mit der kasachischen Regierung einen Vertrag über zwei Ölfelder im Westen des Landes abgeschlossen hatte und dass die NATO 1992 die Gewalt in Transkaukasien (Armenien, Aserbaidschan, Nagorno-Karabakh) nicht hinnehmen wollte.

Für Gervasi ist die Weltordnung, die die USA, Deutschland und einige ihrer Verbündeten errichten wollten, nicht neu. Neu sei nur, dass sie ehemals sozialistische Länder in den nordatlantischen Raum einbeziehen wollten. Dem liege die Vision zugrunde, die EU nach Osten zu expandieren, Europa durch Deutschland geführt zu wissen und die Arbeit in Europa neu aufzuteilen. Im Zentrum liege die Schaltzentrale Deutschland, umgeben zunächst von einem Ring profitabler Industrie und Dienstleistung und dann von einem weiteren Ring armer, tributpflichtiger Länder, die verarmen sollten und zu denen auch Russland und die GUS-Länder gehören sollten. Alles unter dem Aspekt, die dortigen Ressourcen ausbeuten zu können. Angesichts der Unmutsreaktionen in Osteuropa zu dem rapiden Abfall der Lebensbedingungen würden Militäranalysiker darauf dringen, die politische Stabilität durch die NATO zu sichern, worin die NATO-Osterweiterung begründet liege. Die Kritiker einer NATO-Osterweiterung hätten sich nicht durchsetzen können, obwohl sie vier wichtige Argumente angeführt hatten, u.a. dass Russland sich dadurch eingekreist fühlen werde und wieder aggressiv würde. Gervasi sah mit der Osterweiterung damals schon die Gefahr eines Atomkriegs verbunden.

Diese fast prophetische Vorausschau der Entwicklung in Europa halten wir auch heute noch für sehr lesenswert. (Red.)

[Sean Gervasi](#), gest. 1996, war ein US-amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler, politischer Analyst und Aktivist. Er lehrte in Cambridge, Oxford, an der 'London School of Economics', an der Universität Paris und am 'Brooklyn College'. Er war Mitbegründer der britischen Anti-Vietnam-Bewegung. Er arbeitete für verschiedene Komitees der Vereinten Nationen, darunter das Komitee für Entkolonialisierung und das Zentrum gegen Apartheid (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● René Rocca: Die Schweizer Neutralität – ein Friedensprojekt erster Güte

Mit der Beteiligung an den Wirtschaftssanktionen gegen den Irak im Zusammenhang mit dem ersten Golfkrieg von 1991 rückte die Schweiz von der integralen Neutralität ab, die sich schrittweise mit dem Wachsen der schweizerischen Eidgenossenschaft seit 1291 entwickelte. In dieser Entwicklung waren die Erfahrung von 1515 (Niederlage von Marignano) und die völkerrechtliche Anerkennung der Souveränität im Westfälischen Frieden 1648 wichtig. Diese Entwicklung führte laut René Rocca 1674 zur ersten offiziellen Neutralitätserklärung. Allerdings hat die Schweiz ihre Neutralität im Rahmen der Helvetik (1798) und der Herrschaft Napoleons (bis 1815) preisgeben müssen, um dann auf dem Wiener Kongress erstmals offiziell die völkerrechtliche Anerkennung der immerwährenden Neutralität sowie die territoriale Unverletzlichkeit zu erreichen. Diese Neutralität ist 1848 mit der Gründung des Bundesstaates, dann dem Verbot, Bündnisse einzugehen und Solddienste zu leisten, gefestigt worden.

Die Gefährdung der Schweiz durch die sich streitenden Monarchien in Europa wurde nach Rocca gemildert, als die Schweiz humanitäre Initiativen ergriff, Schiedsverfahren zur friedlichen Streitbeilegung entwickelte, das Rote Kreuz gründete und die erste Genfer Konvention (1864) erreichte. Mit dem Neutralitätsrecht der Haager Konventionen (1907) wurde zwar die Schweizer Neutralität abgesichert, was aber nicht verhinderte, dass die Eidgenossenschaft immer wieder um die Berechenbarkeit und Glaubwürdigkeit ihrer dauernden, bewaffneten Neutralität ringen musste. So auch während des Zweiten Weltkriegs, als die Schweiz aufgrund ihrer Importabhängigkeit Zugeständnisse an Deutschland, Italien und die USA machen musste, was nach diesem Krieg für eine gewisse Zeit Angriffsfläche gegen die Neutralität bot, bis 1975 mit der Schlussakte der KSZE (Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) das Recht auf Neutralität bestätigt wurde. Danach konnten die neutralen und blockfreien Staaten eine erfolgreiche Vermittlerrolle zwischen Ost und West einnehmen, bis 1989 der Kalte Krieg endete.

Mit dem Abwenden von der integralen Neutralität (Irak, 1991) hin zur differentiellen Neutralität und u.a. mit verschiedenen unterstützenden Beteiligungen an der NATO erodierte die Schweizer Neutralität trotz ihrer weitergeführten humanitären Hilfe. Laut Rocca muss die Schweiz, um ihre [“Neutralität politisch wieder glaubwürdig auszugestalten“](#), Waffenausfuhrverbote durchsetzen, statt diese zu verwässern. Es “sollten Gesetze gegen Geldwäscherei und Potentatengelder verschärft und rigoros durchgesetzt werden. Die Schweizer Wirtschaft, besonders die Exportwirtschaft, sollte so konsequent wie möglich friedenserhaltend und -fördernd wirken. Nur so würde eine integrale Neutralität glaubwürdig bleiben und könnte ihren Segen entfalten.“

Die Neutralitätsinitiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität» möchte, dass die Bundesverfassung in Art. 54a entsprechend ihrem Vorschlag geändert wird, [damit die bewaffnete Schweizer Neutralität immerwährend und ausnahmslos gilt](#), ohne dass die Schweiz einem Militärbündnis beitrifft, solange sie nicht militärisch angegriffen wird, oder sich an militärischen Auseinandersetzungen beteiligt oder Zwangsmaßnahmen vornimmt.

[René Rocca](#), Jg. 1961, promovierter Historiker und Gymnasiallehrer in Basel; gründete und leitet das Forschungsinstitut direkte Demokratie (www.fidd.ch). Er publiziert regelmäßig zu den Themen direkte Demokratie, Naturrecht und Genossenschaftsprinzip. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Konstantin Bondarenko: Stimmen aus der Ukraine: Noch glaubt Selenskyj an Revanche

In einem in einer ukrainischen Zeitung erschienen Interview gibt Konstantin Bondarenko gegenüber Gábor Stier zu bedenken, dass Russland “unter Berücksichtigung der Lage an den Fronten und der neuen Realitäten zu Verhandlungen bereit“ sei, aber Kiew dies ablehne, weil man dort immer noch hoffe, “genügend Waffen aus dem Westen zu bekommen und dass die aktuellen

Schwierigkeiten mit der US-Finanzierung vorübergehend sind“. Auch wenn angesichts der Lage der Ukraine die Unzufriedenheit der Bevölkerung wachse, gebe es “keine Anzeichen dafür, dass sich die Gesellschaft gegen die Macht wendet“. Die Zukunft könnte nach Bondarenko “davon abhängen, ob Saluschnyj politische Ambitionen hegt“. Aber dieser halte sich zurück, da derzeit wenig Chancen auf Präsidentenwahlen bestünden.

Dennoch könne Selenskyj im Mai in eine Legitimationskrise geraten, auch wenn es in der Ukraine keine Opposition gebe, da der Präsident “ein streng autoritäres Regime [führt], das auf der Unterdrückung der Opposition, auf Korruption und Kompradorenverhalten (*) beruht. [Diese Macht schützt nicht die Interessen der Ukraine, sondern die der transnationalen Konzerne.](#)“ So wollen z.B. der US-Senator Lindsay Graham und Donald Trump der Ukraine keine Unterstützung mehr gewähren, “sondern Kredite, die mit Bodenschätzen wie Lithium, Kalium und Kobalt abgesichert [werden sollen].“ Aber diese Bodenschätze können ohne Referendum nicht als Garantien angeboten werden. “Aber in der Ukraine sind bereits mit einem Portfolio von 6 Mrd. US-Dollar Vermögensverwaltungsriesen wie BlackRock oder Investoren in der Landwirtschaft wie Monsanto, Cargill und Dupont anwesend. Washington wird also von zwei Zielen angetrieben. Für den Staat geht es in erster Linie darum, Russland zu schwächen, während Investmentgruppen ein Auge auf das Territorium, das Land und die natürlichen Ressourcen der Ukraine geworfen haben. Für Letztere ist es das Beste, wenn so viele Ukrainer wie möglich auswandern. Das Problem der Arbeitskräfte wird durch Gastarbeiter gelöst werden.“

Die Kolonisierung habe 2014 mit dem Maidan begonnen. Der Einfluss der US-Amerikaner und der Briten sei dominierend. Daher werde das kriegsmüde Europa die Ukraine nicht zu Verhandlungen zwingen können. Gegenwärtig herrsche in Kiew die Sicht, siegen zu müssen und damit zu den Grenzen von 1991 zurückzukehren. Aber andere ukrainische Politiker seien realistischer und würden den Erhalt von Kiew und Odessa als Sieg betrachten und einen Waffenstillstand unter Verlust des Donbass und der Krim unterzeichnen. Für ein Ende des Krieges müsse versucht werden, dass dabei alle Beteiligten möglichst ihr Gesicht wahren können. Aber das sei mit den Ukrainern schwer zu erreichen, da sie Verhandlungen mit Moskau als Kapitulation verstehen würden.

(*) *Ein Komprador ist ein Handelsvermittler im Interesse der ausländischen Handelsmacht.*
(Red.)

[Konstantin Bondarenko](#) ist Politikwissenschaftler und Leiter des Ukrainischen Politik-Instituts.
(Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Thomas Röper: “Die Prioritäten der EU sind nicht die Probleme der Menschen in Europa“**

In der Abschlusserklärung des EU-Gipfels vom 21./22.03.2024 heißt es im ersten Punkt: “Russland darf nicht die Oberhand gewinnen.“ Dass es in dieser Abschlusserklärung in 19 Punkten um die Ukraine, in 4 Punkten um die EU-Erweiterung und in 8 Punkten um Außenpolitik geht, aber nur in 3 Punkten um die durch die Bauernproteste aktuelle Landwirtschaft geht, heißt für Thomas Röper: “Die Prioritäten der EU sind nicht die Probleme der Menschen in Europa, sondern die Hilfe bei der Umsetzung der geopolitischen Interessen der USA.“ Aber auf dem Gipfel konnten sich die Staats- und Regierungschefs der EU nicht über die Verwendung der Erlöse aus eingefrorenen russischen Vermögenswerten zur Unterstützung Kiews einigen. Immerhin hat man sich [auf einen Aufruf zur Waffenruhe im Gaza-Streifen geeinigt.](#)

Der EU-Chefdiplomat Josep Borrell hat in einem CNN-Interview bzgl. des Anschlags bei Moskau und bzgl. des Kriegs in der Ukraine gesagt: “Ich habe keine konkreten Informationen, ich weiß nur, was veröffentlicht wurde. Aber ich denke nicht, dass es Sinn macht, die Ukraine mit diesen Terrorangriffen zu verbinden. Die Ukraine kämpft nicht gegen die russischen Menschen. [...] [Wir](#)

[können nicht zulassen, dass Russland diesen Krieg gewinnt](#). Andernfalls würden die Interessen der USA und Europas erheblich beschädigt. Es ist keine Frage der Großzügigkeit. Es geht nicht darum, die Ukraine zu unterstützen, weil wir die Ukrainer lieben. Es ist in unserem eigenen Interesse. Und es ist auch im Interesse der USA als Global Player, der als verantwortungsvoller Partner für die Sicherheit seiner Verbündeten wahrgenommen werden möchte.“

Thomas Röper, Jg. 1971, zunächst Versicherungs- und Finanzdienstleistungsexperte in Osteuropa und Russland, lebt seit 15 Jahren in Russland und betreibt die Seite www.anti-spiegel.ru, wo er sich kritisch mit der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen, zu Russland, zu (Geo-)Politik und Wirtschaft auseinandersetzt. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

● TransitionNews: **Ex-Bundeswehrgeneräle: “Taurus“-Lieferung an Kiew eskaliert den Krieg**

Für Erich Vad, ehemaliger Bundeswehr-General und Berater der Kanzlerin Angela Merkel, “wäre eine kurzfristige Taurus-Lieferung und die damit verbundene Bereitstellung von Soldaten, die das Waffensystem bedienen können, [eine klare Kriegsbeteiligung](#)“. Aufgrund der Reichweite des Marschflugkörpers sei solch eine Lieferung “eine Steilvorlage für die Falken in Russland“. Der ehemalige Bundeswehr-Generalinspekteur Harald Kujat kritisiert die westliche Politik im Ukraine-Konflikt seit längerem und fordert einen Verhandlungsfrieden.

Zur Frage der Marschflugkörper erklärte er kürzlich in einem Interview, es gehe dabei nicht darum, mit einem Angriff auf die Krim-Brücke die russischen Truppen von ihrem Nachschub abzuschneiden. Das sei auch mit den britischen und französischen Marschflugkörpern machbar. Bei Taurus “geht [es] ausschließlich darum, strategische Ziele in Russland anzugreifen“. Und wenn Taurus aus Deutschland geliefert und eingesetzt werden, sei das eine “direkte Kriegsbeteiligung“. Kujat warnt grundsätzlich vor Angriffen von strategischen Zielen in Russland, da damit die strategische Lage nicht verändert, aber die Situation eskaliert werde.

[TransitionNews](#) wird herausgegeben von der genossenschaftlichen Internet-Plattform ‘Transition Media’, die aus der 2020 von Christoph Pfluger gegründeten Datenbank Corona-Transition hervorgegangen ist. Die Plattform setzt sich für Meinungsvielfalt, Transparenz und gesellschaftskritischen Austausch ein. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

● Karin Leukefeld: **Nur eine Verhandlungslösung wird im ganzen Nahen Osten Entspannung und Frieden bringen**

Laut Karin Leukefeld hat das Welternährungsprogramm (WFP) seine “Hilfslieferungen in den Norden von Gaza eingestellt, [nachdem] ein LKW mit Hilfsgütern vom Meer aus mit Raketen beschossen worden war. [...] Durch die israelischen Angriffe auf die Verteilstrukturen der UNO findet die Verteilung von Nahrungsmitteln kaum noch in geordneten Bahnen statt. Die Menschen sind unglaublich wütend und verzweifelt. Sie haben versucht, die LKWs mit Hilfsgütern zu plündern. Da Israel keine Sicherheit garantieren will oder kann, stellte das WFP Ende Februar die Hilfslieferungen ein.“ Als das WFP am 05.03.2024 eine erneute Genehmigung für einen Konvoi mit 14 LKWs bekam, musste dieser drei Stunden am Checkpoint südlich von Gaza-Stadt warten, um dann zurückgeschickt zu werden. Laut Delegierten der WHO sind die Zustände in den Krankenhäusern so schrecklich, dass nur noch vier funktionieren. “Die Menschen haben keinen Zugang zu frischem Wasser. Die Versorgung mit Trinkwasser ist zusammengebrochen, die Abwasserentsorgung funktioniert nicht mehr. Die hygienischen Verhältnisse und alles, was damit zusammenhängt, sind äußerst schlecht.“ Den Spitälern fehlt es “an Treibstoff, an frischem Wasser,

genügend Nahrungsmitteln, an Sauerstoffgeräten, an entsprechenden Instrumenten und Apparaturen und Medikamenten für die Anästhesie“. Die Menschen würden Gras und Tierfutter essen, LKWs mit Mehl oder Reis plündern. Meerwasser werde wegen fehlender Brennstoffe ungekocht zu sich genommen mit der Folge von Durchfallerkrankungen. Hinzu kommen Festnahmen, Folter und Erschießungen von wehrlosen Menschen durch die israelischen Streitkräfte, die die Menschen mit großer Verachtung behandeln. An den Checkpoints skandieren junge Israelis “Keine Hilfsgüter für die Hamas“. Die israelische Luftwaffe hat ein UN-Verteilzentrum in Rafah bombardiert.

Leukefeld stellt dar, dass Israel immer gleich vorgehe: “Sie sagen, die Menschen sollen aus einer bestimmten Gegend verschwinden, um sich in Sicherheit zu bringen, und dann greifen sie genau diese Zone an, in die sie geflüchtet sind. Diese sogenannten sicheren Zonen sind genauso wie alle anderen den Angriffen ausgesetzt, auch die Einrichtungen der UNO. Dass Verteilstellen der UNO attackiert werden, ist absolut inakzeptabel. [...] [Israel hat die Macht der Bomben, und es wird sich den Weg freibomben und treibt dabei die Palästinenser vor sich her](#). Man will sie über die Grenze Ägyptens in den Sinai verfrachten. Das ist wohl das Ziel.“ Für Karin Leukefeld wäre es angemessen gewesen, nach dem 7. Oktober innezuhalten, um einen anderen Weg als den der Gewalt einzuschlagen. “Nur eine Verhandlungslösung wird im ganzen Nahen Osten Entspannung und Frieden bringen, alles andere wird die Konflikte nur anheizen.“

[Karin Leukefeld](#), Jg. 1954, Studien der Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften, Ausbildung zur Buchhändlerin. Seit 1997 freie Journalistin. Sie ist die einzige deutsche Journalistin mit einer Akkreditierung in Syrien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Evelyn Hecht-Galinski: Die unerträgliche Leichtigkeit eines zionistischen Völkermords in Gaza**

Laut Evelyn Hecht-Galinski muss Deutschland “endlich die Unterstützung für einen ‘jüdischen Staat’ beenden, solange dieser weiter mit aller Entschlossenheit den Völkermord und [vorsätzliche Zerstörung palästinensischer Existenz in Gaza](#) plant und tatkräftig fortführt. Die unerträgliche Leichtigkeit eines zionistischen Völkermords in Gaza muss gestoppt werden.“ Sie erinnert daran, “dass nicht der Besatzer, sondern immer der Besetzte ein legales Recht der Selbstverteidigung hat“, dass das grausame Ventil vom 7. Oktober “untrennbar mit der illegalen Besetzung Palästinas und der Blockade Gazas verbunden“ ist. Für Hecht-Galinski zielt Israels Verhalten “nicht auf die Zerstörung der Hamas, sondern auf die Zerstörung und ‘Entsiedlung’ Gazas“.

Sie weist auf den [neuen Bericht des UN-Menschenrechtsrates](#) hin, in dem die UN-Sonderberichterstatterin Francesca Albanese Israel Völkermord vorwirft. In dem Bericht werden Maßnahmen empfohlen wie eine sofortige Verhängung eines Waffenembargos gegen Israel, Sicherstellung der vollen Wiedergutmachung des von Israel und den am Völkermord mitschuldigen Staaten angerichteten Schadens, Einsatz einer internationalen Schutzpräsenz, Sicherstellung einer angemessenen Finanzierung von UNRWA.

[Evelyn Hecht-Galinski](#), Jg. 1949, Tochter des ehemaligen Zentralratsvorsitzenden der Juden in Deutschland, Heinz Galinski, ist Publizistin und Autorin. 2012 kam ihr Buch “Das elfte Gebot: Israel darf alles“ heraus. Am 28.09.2014 wurde sie von der NRhZ mit dem vierten “Kölner Karls-Preis für engagierte Literatur und Publizistik“ ausgezeichnet. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Gegen den Gewaltexzess in Gaza

Der Leitungskreis des 'Forums Friedensethik in der Evangelischen Landeskirche in Baden' (FFE) hat eine Erklärung zum Gewaltexzess in Gaza abgegeben. Darin heißt es, [die deutsche Regierung handle "nicht unserem Namen](#), wenn sie die völlig unverhältnismäßige israelische Gewalt als legitime Selbstverteidigung rechtfertigt, den Schutz unschuldiger Menschen verbal anmahnt, tatsächlich aber diesen Gewaltexzess mit Waffenlieferungen unterstützt und politisch flankiert. Als Mitglieder der Kirche empört uns das dröhnende Schweigen der deutschen Kirchen angesichts des vor unseren Augen ablaufenden Massenmordes an der Zivilbevölkerung in Gaza. Die Geschichte lehrt, wie Christen sich durch Schweigen schuldig machen. Wir bauen jetzt auf eine Kirche von unten, mit der wir uns einsetzen für einen sofortigen Waffenstillstand, den Stopp der Waffenlieferungen an Israel, die Aussetzung des Assoziierungsabkommens Israel - EU, das beide Partner auf die Achtung der Menschenrechte verpflichtet. Die Wiederaufnahme der deutschen Zahlungen an die UNRWA, von deren Handlungsfähigkeit das Überleben zahlloser Palästinenser*innen abhängt sowie ein Ende der israelischen Besatzung in Palästina und eine gerechte politische Lösung, in der alle Menschen zwischen Jordan und Mittelmeer selbstbestimmt leben können."

Der irische Senat hat am 01.03.2024 einstimmig [eine Resolution verabschiedet, um weiteres Sterben in Gaza zu stoppen](#). Darin wird ein sofortiger Waffenstillstand im Gaza-Streifen, ein Waffenembargo gegen Israel und die Blockierung aller Waffenlieferungen durch irische Häfen, den Luftraum oder den Landweg gefordert. Dem Antrag des Senats zufolge "muss Irland Sanktionen gegen Israel verhängen, die Einfuhr von Waren und Dienstleistungen aus israelischen Siedlungen verbieten, sich von Unternehmen in diesen Siedlungen trennen, die Durchfuhr von US-Waffen durch Irland verhindern und sich für ein internationales Waffenembargo gegen Tel Aviv einsetzen."

Der bekannte Antikriegsaktivist George Galloway von der britischen 'Workers Party' machte die Beendigung der britischen Unterstützung für Israels Vorgehen in Gaza zum Hauptthema seiner Kampagne für einen Sitz im britischen Unterhaus in Rochdale. Er sagte den Wählern, die Wahl sei "ein [Referendum über Gaza](#)" und [gewann die Wahl mit 40% der Stimmen](#), fast doppelt so viel wie der zweitplatzierte Kandidat.

Das [Forum Friedensethik](#) ist ein ökumenisch offener Zusammenschluss von rund 80 Personen, die eine Diskussion über friedensethische Grundsatzfragen fördern wollen. Entstanden ist er im Jahr 2000, als die Kirche ratlos vor der ersten deutschen Kriegsbeteiligung nach 1945, dem Kosovokrieg, stand. (Red.)

Die [BüSo](#), Bürgerbewegung Solidarität, will durch die Wiederbelebung der deutschen klassischen Kultur zu einem neuen globalen Dialog der Kulturen beitragen. Sie sieht in dem Projekt 'Neue Seidenstraße' die einzigartige Chance, uns aus dem Korsett veralteten geopolitischen Denkens, der Gefahr thermonuklearer Konfrontation und dem Diktat der Finanzmärkte zu befreien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● dpa: Deborah Feldman wirft Bundesregierung Verrat an Juden vor

Die Schriftstellerin Deborah Feldman hat der Bundesregierung vorgeworfen, mit ihrer bedingungslosen Unterstützung für die israelische Regierung Juden zu verraten. "Ich habe das Gefühl, dass wir von dieser Regierung eigentlich verraten werden, von unserer deutschen Regierung. Ich als Jüdin, als Nachkomme von Holocaust-Überlebenden (...), ich lebe in einem Land, wo ich einerseits umgeben bin von Menschen, die von der Erinnerungskultur jede richtige Lehre daraus gezogen haben, und trotzdem kann eine Regierung dastehen und sich hauptsächlich der rechtsnationalen israelischen Regierung anschließen und all ihren Interessenvertretern." Das sei nicht mehr hinzunehmen, sagte die Autorin des Weltbestsellers "Unorthodox" am 10.03.2024

beim Literaturfestival Lit.Cologne in Köln. "Wenn Deutschland eine besondere Verantwortung hat, dann ist es, [alles dafür zu tun, dass Israel wirklich ein sicherer Staat für Juden ist](#). Und so wird er kein sicherer Staat." In Deutschland werde der Antisemitismus-Vorwurf gezielt eingesetzt, um Kritik an der israelischen Regierung zu ersticken, sagte Feldman. Sie sei "schockiert, wie sehr die perfide Verdrehung und Instrumentalisierung des Antisemitismus-Vorwurfs" seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober zugenommen habe.

Feldman kritisierte die Hamas scharf, die kein Problem damit habe, zahllose Menschenleben zu opfern, um ihre islamistischen Ziele zu erreichen. Gleichzeitig habe aber die israelische Regierung in ihrer Art der Kriegsführung schlimme Befürchtungen bestätigt. Das gewaltsame Vorgehen der israelischen Regierung und die Äußerungen rechtsextremer Minister verstärkten den Antisemitismus in der ganzen Welt und versetze deshalb viele Juden in Angst. Sie selbst stehe in dem Konflikt an der Seite der vielen Menschen, die sich in Israel für die Demokratie und für den Frieden einsetzten.

[Inhalt](#) ↑

● Die Rolle der westlichen Presse zum Fall Julian Assange

Für Paul Craig Roberts ist Washington "nicht nur aus Rache hinter Julian Assange her. [Sie wollen Journalisten eine Lektion erteilen](#), dass es ihnen nicht mehr erlaubt ist, die Regierung zur Rechenschaft zu ziehen, wenn diese Verbrechen begeht. Mit anderen Worten: die Kriminalisierung der Regierung wird zum Delikt gemacht. Genau darum geht es im Fall Assange. Gerechtigkeit und Wahrheit werden in der westlichen Welt abgeschafft."

Für Michel Chossudovsky haben Medien wie 'The Guardian', 'The New York Times', 'Der Spiegel', 'Le Monde', 'El Pais' oder auch 'The Economist' eine Mitverantwortung für das Verfahren gegen Julian Assange. Nach anfänglichem Lob bis hin zu einem Ehrenpreis hätten sich die Medien mit einer sorgfältig geplanten Operation in Absprache mit dem US-Außenministerium an der Schwärzung von Verschlussachen, die dann von WikiLeaks veröffentlicht wurden, beteiligt. In einem gemeinsamen Brief dieser Medien sei zwar die Freilassung von Julian Assange gefordert, aber Assange auch beschuldigt worden, geheime Dokumente über Korruption und Betrug seitens der US-Regierung veröffentlicht zu haben. Chossudovsky [zitiert John Pilger, dem ein Plan bekannt war, Julian Assange persönlich zu verleumdern](#).

Für den US-Präsidentschaftsanwärter Robert F. Kennedy Jr. ist die Behauptung des CIA und der Regierung, "Julian Assange habe sich mit Chelsea Manning verschworen, um sie zu 'hacken' und somit streng geheime Informationen zu stehlen", "nie bewiesen worden". Im Wesentlichen sei Manning diejenige, die das Verbrechen begangen habe, Staatsgeheimnisse weiterzugeben. Dafür habe sie sieben Jahre im Gefängnis verbracht. Falls Kennedy Jr. Präsident würde, so würde er folgendes unternehmen: "[Ich werde Assange und Snowden am ersten Tag begnadigen](#). Ich werde eine Statue für Assange irgendwo in der Nähe des Washingtoner Presseclubs errichten sowie eine Statue für Snowden vor dem CIA-Hauptquartier in Langley, um der Republik eine Lektion in Staatsbürgerkunde zu erteilen."

[Paul Craig Roberts](#), Jg. 1939, ist Ökonom und Publizist. Er begründete als stellvertretender US-Finanzminister das wirtschaftspolitische Programm der Regierung Reagans ("Reaganomics") mit. Er war Mitherausgeber und Kolumnist des 'Wall Street Journal', Kolumnist von 'Business Week' und dem 'Scripps Howard News Service'. Er ist ein Kritiker der neoliberalen Wirtschaftspolitik, des Kriegs gegen den Terror und von Israels Politik gegenüber den Palästinensern. (Red.)

[Michel Evgenij Chossudovsky](#), Jg. 1943, war tätig als kanadischer Professor der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Ottawa und Gastprofessor an vielen akademischen Einrichtungen außerhalb Kanadas, als Berater für Regierungen sog. Entwicklungsländer und Organisationen, die sich mit der Unterstützung sog. Entwicklungsländer und mit Friedenspolitik

beschäftigen. Er ist international bekannt durch seine globalisierungskritischen Publikationen. (Red.)

[Robert F. Kennedy Jr.](#), Jg. 1954, ist US-amerikanischer Rechtsanwalt, Umweltaktivist, und Autor. Er ist das dritte Kind von Robert F. Kennedy sowie der Neffe des US-Präsidenten John F. Kennedy. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Moritz Müller: Julian Assange darf vielleicht Berufung einlegen

Am 26.03.2024 hat der [Londoner 'High Court' entschieden, dass Julian Assange Berufung einlegen darf, es sei denn, die USA geben Zusicherungen](#), dass ihm in den USA nicht die Todesstrafe droht und dass er nicht dadurch benachteiligt wird, dass er Australier ist und kein US-Staatsbürger. Stella Assange, Julians Ehefrau, kann nicht verstehen, dass die USA eingeladen werden, von politischer Seite einen Brief zu schreiben, während es ihrem Mann nicht erlaubt werde, Beweise dafür einzubringen, dass die USA Pläne schmiedeten, ihn zu entführen oder zu töten. Julian Assange war auch heute nicht persönlich am Gericht anwesend. Die USA haben nun bis zum 16.04.2024 Zeit, diese Zusicherungen zu geben. Tun sie dies nicht, so kommt es ohne eine weitere vorherige Anhörung zu einer Berufungsverhandlung am 'High Court', deren Zeitpunkt noch nicht festgelegt ist.

'The Guardian' meldet, dass Julian Assange laut den Zusicherungen der USA "aufgrund einer Staatsangehörigkeit nicht benachteiligt wird, was die Mittel der Verteidigung angeht, die er im Prozess und bei der Verurteilung geltend machen kann". Die Anwendbarkeit des ersten Verfassungszusatzes liege ausschließlich im Zuständigkeitsbereich der US-Gerichte. In den Zusicherungen heißt es außerdem: "[Ein Todesurteil wird gegen Assange weder angestrebt noch verhängt werden.](#)" Stella Assange sieht in den Zusicherungen Worthülsen und die Gefahr, dass nun ihrem Ehemann die Auslieferung an die USA droht, falls nicht der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte eingreift.

[Moritz Müller](#) ist freier Autor. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Musik für den Frieden, Jugendprojekt mit Russland

"[Musik für den Frieden](#) – Музыка ради Мира", eine seit 2018 bestehende Initiative von deutschen und russischen Jugendlichen, möchte aus der Zivilgesellschaft heraus [dazu beitragen, dass sich deutsche und russische Jugendliche zusammenfinden](#), nachdem sich seit der Wiedervereinigung die Beziehungen zu Russland zunehmend verschlechtert haben. Gemeinsame internationale Aufführungen und Filmproduktionen mit Musik, Tanz und Theater zeigen, dass es möglich ist, sich freundschaftlich und vertrauensvoll zu begegnen. Mit ihrer Arbeit möchte die Initiative einen Keim für ein zukünftig friedliches Zusammenleben in Europa legen. Das jüngste Projekt war der Film "[Romeo und Julia - Frieden ist möglich!](#)" (Video, 23m39), der im Herbst 2023 in Izmir (Türkei) erarbeitet wurde. Die Türkei wurde deshalb gewählt, weil sich dort laut Leo Ensel Russen und Deutsche noch vergleichsweise leicht und ungehindert treffen können. Im Abspann des Films heißt es: "Wir können uns die Zeiten nicht aussuchen. Wir leben hier und jetzt. Und [wir haben keine Zeit für Hass und Streit – nur für Liebe, Freundschaft und Frieden](#). Um der Welt davon zu erzählen, müssen wir mutig und stark sein. Wir müssen gehört, verstanden und unterstützt werden. Und wir wollen der Welt zurufen: Wir sind hier! Wir sind zusammen. Wir lassen uns nicht unterkriegen und lassen unsere Musik immer erklingen. Musik für den Frieden!"

[Inhalt](#) ↑